



## SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bünde

SPD-Fraktion ▪ Mittelstr. 4 ▪ 32257 Bünde

**An den  
Bürgermeister der Stadt Bünde  
Herrn Wolfgang Koch  
Rathaus**

**32257 Bünde**

Auskunft erteilt:

Andrea Kieper

Mittelstr. 4  
32257 Bünde  
a.kieper@teleos-web.de

☎ 05223 61122

Bünde, 19.04.2018

### **Die Planungen der DB Fernverkehr für eine ICE-Sprinterlinie 19 Köln-Berlin im Hinblick auf ihre Verträglichkeit mit dem SPNV in NRW korrigieren um ein flächendeckendes Fernverkehrsangebot für Mittelzentren sicherzustellen**

Sehr geehrter Herr Koch,

im Namen der SPD-Fraktion bitte ich Sie den folgenden Antrag dem Rat in seiner nächsten Sitzung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

#### Antrag:

Der Rat der Stadt Bünde beschließt:

1. Die DB Fernverkehr AG wird aufgefordert ihre Planungen für die ICE-Sprinterlinie 19 Köln-Berlin im Hinblick auf ihre Verträglichkeit mit dem SPNV in NRW zu überprüfen um ein flächendeckendes Fernverkehrsangebot für Mittelzentren sicherzustellen und die Anbindung Bündes durch die IC-Linie 77 (Amsterdam-Osnabrück-Berlin) an das Fernverkehrsnetz beizubehalten.
2. Der Rat der Stadt Bünde unterstützt die Gesetzesinitiative des Bundesrates zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Gestaltung des Schienenpersonenfernverkehrs (SPFV) (Schienenpersonenfernverkehrsgesetz- SPFVG) vom 23.03.2018 (Drucksache 745/16 und 81/18). Die heimischen Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Gesetzesinitiative des Bundesrates im Rahmen der laufenden Bundeslegislaturperiode gesetzlich verankert wird mit der Aufnahme von Bünde als Mittelzentrum sowie weiteren Mittelzentren als beispielhafte Prüfsteine zur Sicherstellung eines flächendeckenden Fernverkehrsangebotes.
3. Die heimischen Landtagsabgeordneten werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass auch das Land NRW diese Gesetzesinitiative unterstützt.
4. Der Bürgermeister wird aufgefordert, diese Positionierung mit anderen in OWL betroffenen Kommunen und Kreisen abzustimmen und in einer gemeinsamen Positionierung gegenüber Bund und Land zu vertreten.

## **Begründung:**

Nach den Planungen der DB Fernverkehr AG plant diese ab Ende 2020/2024 deutlich schnellere Angebote im Fernverkehr. Kernprojekt dieser Planung ist die Einführung einer neuen ICE-Sprinterlinie 19 mit einer Fahrzeit von 4 Stunden auf der Strecke Köln-Berlin, voraussichtlich ohne Halt in Bielefeld.

Um einen 30-Minuten-Takt zusammen mit der Linie ICE 10 und 19 zwischen Hannover und Berlin realisieren zu können plant die DB Fernverkehr ferner ab 2024 die Verbindung IC-77 (Amsterdam – Osnabrück – Berlin) halbstündlich zu drehen.

Diese Planungen im Hinblick auf den Schienenpersonenfernverkehr (SPFV) würden zu erheblichen Auswirkungen auch im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und zwar in ganz OWL führen. Fraglich ist, ob künftig die Haltepunkte Bad Oeynhausen, Bünde und Minden durch den IC bedient werden. Nach Aussagen von Fachleuten wären auch die SPNV-Linien RB 61 (Hengelo- Osnabrück – Bielefeld) und RB 71 (Rahden – Bünde – Bielefeld) betroffen.

Im Gegensatz zum Bund haben die Länder nach der Bahnreform 1994 für den ihnen überantworteten Schienenpersonennahverkehr (SPNV) durch Landesgesetze Aufgabenträger für den SPNV bestimmt. Der Bund hat es bisher versäumt ein Gesetz zur Gestaltung des SPFV vorzulegen in dem er seinen Gewährleistungs- und politischen Gestaltungsauftrag konkretisiert.

Die Gewährleistung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen SPFV ist jedoch eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, die dem Bund obliegt. Danach ist unter Berücksichtigung verkehrlicher, sozialer, umweltpolitischer und landesplanerischer Faktoren eine ausreichende Verkehrsbedienung durch ein Grundangebot im SPFV sicher zu stellen.

Bei der gegebenen alleine eigenwirtschaftlich ausgerichteten unternehmerischen Zielbestimmung der DB AG infolge der Bahnreform ist dieser Auftrag allerdings nicht zu erfüllen. Bislang liegen die Planungen allein bei der DB AG. Der Bund kann nicht gestalterisch eingreifen.

Ein Eingreifen des Bundes durch den Erlass eines entsprechenden Gesetzes scheint angesichts der Entwicklungen im Fernverkehr in den letzten Jahren jedoch dringend geboten.

Das Ziel der Bahnreform mehr Wettbewerb und mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen ist im Gegensatz zum SPNV im Fernverkehr nicht erreicht worden. Seit 1996 findet nach Aussagen von Fachleuten ein kontinuierlicher Abbau des Fernverkehrsangebots auf der Schiene statt:

- Die Länge des Streckennetzes im SPFV reduzierte sich um 3.700 km,
- Die Zahl der im Fernverkehr bedienten Bahnhöfe reduzierte sich um 220,
- Städte mit insgesamt 5,5 Mio. Einwohnern haben ihre Fernverkehrsverbindungen verloren,
- Bei weiteren 122 Städten hat sich die Zahl der haltenden Fernverkehrszüge mehr als halbiert.

Das Ziel der DB Fernverkehr im Hinblick auf die mit ihr auf den Fernstrecken konkurrierenden anderen Verkehrsmittel ihre Fahrzeiten zu verkürzen ist nachvollziehbar. Allerdings bleibt dies voraussichtlich aufgrund einer begrenzten Infrastruktur nicht ohne nachteilige Auswirkungen für den SPNV.

Es ist zu befürchten, dass möglichen Fahrgastgewinnen im Fernverkehr erheblich mehr Fahrgastverluste im Regionalverkehr gegenüberstehen. Sollten die Planungen der DB

Fernverkehr so Realität werden, hätte dies nicht nur für Bünde, sondern für die ganze Region OWL nachteilige Folgen.

Die eher ländlich geprägte, aber wirtschaftlich starke Region OWL in der zahlreiche weltweit operierende Unternehmen ihren Sitz haben und die mit den Staatsbädern Bad Salzuflen und Bad Oeynhausien und ihren Gesundheitszentren zu der führenden Gesundheitsregion des Landes gehört, ist auf eine gute Vernetzung und Anbindung sowohl im Bereich der Fernstraßen, als auch im SPFV angewiesen.

Nicht weniger, sondern ein Ausbau des Schienenfernverkehrs in enger Vernetzung mit den SPNV ist geboten. Sollten die Planungen der DB Fernverkehr Realität werden sind negative Auswirkungen auf die Lebensqualität der hier lebenden Menschen sowie auf die Wirtschaft zu befürchten.

Angesichts der Probleme im SPFV und um auch abseits der Hauptmagistralen ein SPFV-Angebot sicherzustellen hat am 23.03.2018 der Bundesrat auf Initiative der Länder Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Bremen, Saarland und Thüringen erneut beschlossen (Drucksache 82/18), einen entsprechenden Gesetzesentwurf (GE) im Bundestag einzubringen (Drucksache 745/16). Zielsetzung ist die SPFV-Planungen nicht allein in den Händen der DB AG zu lassen, sondern auch dem Bundestag ein Gestaltungsauftrag und Mitgestaltungsmöglichkeiten an die Hand zu geben.

Dieser Gesetzesentwurf muss vom Land NRW unterstützt und vom Bundestag noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden.

Mit freundlichem Gruß

Handwritten signature of Andrea Klippel in black ink.